

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adamez

17. Februar 1950

Blatt 253

Jagdsteuer und Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh und

frisches Fleisch

17. Februar (Rath.Korr.) Das soeben erschienene 5. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" enthält die Gesetze über die Einhebung der Jagdsteuer, über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf Lebendvieh und über die Einhebung einer Ausgleichsabgabe auf frisches Fleisch im Gebiet der Stadt Wien.

Das Blatt ist um 80 Groschen im Drucksortenverlag des Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei, 3., Rennweg 12a, erhältlich.

Eine Warnung

17. Februar (Rath.Korr.) Das Amt der Landesregierung Wien, Kriegsgefangenenfürsorge, warnt vor dem angeblichen Walter Glanner, kaufmännischen Angestellten, aus Krems a.d.D., der Angehörigen von noch nicht zurückgekehrten oder vermißten Heimkehrern falsche Angaben macht.

Institut für Wissenschaft und Kunst

Vorträge in der Woche vom 20. bis 25. Februar

17. Februar (Rath.Korr.)

Montag, 20. Februar, 18.30 Uhr, Diskussion: Was erwartet die Industrie von der Ausbildung der Chemiker? Einleitender Vortrag: Dozent Dr. Adalbert Orlicek.

Dienstag, 21. Februar, 19 Uhr, Dr. Heinrich Kant:
Ist ein Bakterienkrieg möglich?

Freitag, 24. Februar, 18.30 Uhr, Prof. Dr. Adolf Kozlik (Princeton und Mexiko - City): Der Ökonom und Soziologe Josef A. Schumpeter.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

17. Februar (Rath.Korr.) Heute vormittag um 11 Uhr trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Dr.h.c. Körner zu einer Geschäftssitzung zusammen. Der größte Teil der Tagesordnung wurde ohne Debatte angenommen. Im Einlauf befanden sich insgesamt 9 Anträge und 10 Anfragen von allen Fraktionen.

Eine Anfrage der SPÖ betrifft die Schule im 5. Bezirk, Grüngasse.

Eine Anfrage der ÖVP wurde in Angelegenheit der Schneesäuberung gestellt. Ein anderer Antrag der ÖVP betrifft die Wiederinstandsetzung des Friedhofweges, der die Straßergasse mit dem Kaasgraben verbindet. Ein weiterer Antrag der ÖVP betrifft die Schaffung von kürzeren Zahlungsfristen der durch Kontrahenten geleisteten Arbeiten und Lieferungen. Eine Anfrage der ÖVP betrifft die Aufnahme der Erzeugung von synthetischen Gerbstoffen. Eine weitere Anfrage der ÖVP wurde wegen der Inbetriebnahme der amerikanischen Triebwagen gestellt.

Von der Fraktion der Unabhängigen lag ein Antrag über die Wiederaufstellung der Sitzbanke in der Siemensstraße im 21. Bezirk vor; ferner ein Antrag zur ehesten Fertigstellung der Gasbeleuchtungsanlage in der Siemensstraße. Eine Anfrage an den Bürgermeister betrifft die Bekanntgabe des Jahresabschlusses und der Gewinn- und Verlustrechnung der Messe AG. Eine andere Anfrage der Unabhängigen wurde über die finanzielle Belastung der Bevölkerung bei der Umschaltung des Stromnetzes gestellt. Ferner lag eine Anfrage der WdU über das vorschriftswidrige Verhalten eines Straßenbahnschaffners gegenüber einem Schwerkriegsversehrten vor.

Vom Linksblock lagen vor: ein Dringlichkeitsantrag betreffend den Kampf gegen Angriffe auf den Mieterschutz, ein Antrag betreffend die Bemessung des Betriebskostenpauschales in den städtischen Wohnhäusern und die Kontrolle der Betriebskostenverrechnung; ein Antrag betreffend die Übernahme der Gehsteigreinigung; ein Antrag betreffend die Verkürzung der Schlachtbetriebszeiten in den Schlachthäusern der Stadt Wien; ein Antrag betref-

fend die Umbenennung des Matzleinsdorfer Platzes in "Platz der Februarkämpfer". Ferner lagen Anfragen vor betreffend den Übergriff von Organen der Magistratsabteilung 12 durch den Versuch, die Amtsbescheinigung von Max Bair einzuziehen, betreffend die Einleitung von Stadtgas in dem städtischen Wohnblock 20., Adalbert Stifter-Straße, betreffend die der geltenden Gemeindewahlordnung widersprechende Wahl von Mitgliedern der ÖVP zu Vorsitzenden von Gemeinderatsausschüssen.

Über den Autobusnachtverkehr während der Faschingszeit referierte Stadtrat Dr. Exel (ÖVP). Er betonte, daß es sich hier um eine Einrichtung handelt, die schon früher bestanden, und die in einer Großstadt unerlässlich sei.

Zur Debatte hatte sich GR. Kammermayer (ÖVP) gemeldet, der die Verbesserung des Verkehrs begrüßte. Er gab aber zugleich die Anregung, sich nicht nur auf die Verbesserung des Autobusverkehrs zu beschränken sondern auch für eine Verbesserung des Verkehrs bei der Straßenbahn zu sorgen. Ferner ersuchte GR. Kammermayer, einen Ausgleich zwischen den Interessen des Taxigewerbes und des öffentlichen Verkehrs zu finden. Er stellte den Antrag, den Nachtautobusverkehr nicht mit den vorgesehenen Termin abzuschließen, sondern bis auf weiteres zu verlängern.

Stadtrat Dr. Exel begrüßte in seinem Schlußwort den Zusatzantrag und empfahl ihn der Annahme.

Bei der Abstimmung wurde die Verlängerung der Nachtautobuslinien bis auf weiteres zum Beschluß erhoben.

Sodann referierte Stadtrat Fritsch (SPÖ) einen Antrag, der einige Änderungen, bzw. Verbesserungen auf dem Gebiet des Dienstrechtes und der Pensionsordnung bei der Stadt Wien vorsieht. Diese Änderungen wurden auch für die Bundesangestellten getroffen und sollen nun durch das unmittelbar innige Zusammenhängen des Bundes und der Gemeinde auch für die Beamten der Bundeshauptstadt Wien vorgenommen werden. In erster Linie sollen die Beträge für die Nachzahlung von Pensionsbeiträgen für die Vordienstzeiten geregelt werden. Diese Beiträge sollen nicht nur wie bisher vom Gehalt bezahlt werden, sondern auch von allen Teuerungszulagen und Sonderzahlungen.

Es soll fernerhin die Geschäftsordnung der Personalkommission

der für die Gemeinderatsausschüsse geltenden, angeglichen werden. Der Amtsführende Stadtrat für Personalangelegenheiten soll in dieser Kommission nur dann Stimmrecht haben, wenn er als gewählter Gemeinderat der Kommission angehört. Dies ist vorläufig nicht der Fall.

Das Ende der Dienstzeit soll mit 65 Jahren fixiert werden. Nur in besonderen Ausnahmefällen soll davon abgewichen werden. Auch die Begünstigung für rassistisch Geschädigte soll nicht mehr bis 70 Jahre erstreckt werden, sondern gleichfalls mit 65 Jahren enden. Die Automatik ist bei den Bestimmungen für die Pensionsberechtigung von besonderer Wichtigkeit. Es soll damit wieder ein Zustand hergestellt werden, der bei der Gemeinde Wien schon vor 1938 bestanden hat. Das Pensionsrecht soll wieder einheitlich geregelt werden und nicht, wie es jetzt gehandhabt wird, nach Alt- und Neupensionisten. Die Angleichung soll vorläufig auf 85 Prozent des Ausmaßes erhöht werden, das sich aus der vollen Angleichung an die Pensionen der Beamten ergibt, die nach dem jetzt geltenden Recht pensioniert werden. Die weitere Anpassung wird erst gemeinsam mit dem Bund erfolgen. Es ist dies eine Frage der zur Verfügung stehenden Geldmittel. Die jährlichen Kosten der Angleichung auf 85 Prozent betragen 4,380.000 Schilling. Eine Gesamtangleichung würde 13,725.000 Schilling erfordern. Nachdem StR. Fritsch den Antrag verlesen hat, drückt er die Hoffnung aus, daß diese Angleichung baldigst erfolgen möge, um den Unterschied zwischen Alt- und Neupensionisten zu beseitigen.

GR. Doppler (WdU) begrüßte es, daß mit dieser Gesetzesvorlage längst fällige Forderungen erfüllt werden. Er betonte ausdrücklich, daß seine Fraktion für die Vorlage stimmen werde, dies darum, damit nicht wieder das Zentralorgan der SPÖ die Möglichkeit habe, wie vor kurzem in der Frage des Schulhausbaues auf der Wieden, gegenteilige Behauptungen zu bringen.

Bisher habe der Amtsführende Stadtrat in der Personalkommission kein Stimmrecht besessen. Es sei zu begrüßen, daß in der Neufassung des Gesetzes der Amtsführende Stadtrat nun Mitglied dieser Kommission werden soll.

Es sei eine vernünftige Bestimmung, wenn in Zukunft ein

Verbleiben im Amt über das Alter von 65 Jahren hinaus nicht mehr möglich sein wird. Wenn aber trotzdem Ausnahme von dieser Bestimmung gemacht werden sollen, so muß in Zukunft neben dem Personalamt auch die Personalvertretung mitzureden haben. Es sei Aufgabe dieser Personalvertretung, für genügend geschulten Nachwuchs zu sorgen, damit man sich nicht eines Tages wieder vor der Notwendigkeit sieht, Beamte über das 65 Lebensjahr hinaus im Dienste zu halten.

GR. Doppler richtete die Anfrage, auf wieviele Bedienstete diese Ausnahmebestimmung Anwendung findet und in welchen Dienstzweigen sie beschäftigt sind.

Energisch wandte er sich gegen die unterschiedliche Behandlung der Vordienstzeitenanrechnung für Ruhe- und Versorgungsgenüsse. Darin sei eine Willkür des Dienstgebers zu sehen, dem es überlassen bleibt, ob er eine Dienstzeit gelten lassen wolle oder nicht. Arbeit sei anzurechnen, ganz gleich in welcher Zeit sie geleistet wurde. Er forderte die Ablehnung dieser Kannbestimmung und verlangte in einem Abänderungsantrag die Anrechnung aller Vordienstzeiten für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse, die nach dem 5. März 1933 geleistet wurden. Abschließend forderte er den Amtsführenden Stadtrat auf, bei der Angleichung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse auch die 462 Pensionsberechtigten der Pensionskasse der Wiener Krankenfürsorgeanstalt bald in die Wege zu leiten.

Dann sprach GR. Skokan (ÖVP). Er brachte zum Ausdruck, daß seine Fraktion im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden sei. Der Redner wandte sich jedoch dagegen, daß in besonderen Ausnahmefällen die Versetzung in den dauernden Ruhestand aufgeschoben werden kann. Er regte an, rechtzeitig jüngere Kräfte in die Dienstaufgaben solcher Beamten einzuweißen, damit sie rechtzeitig diese Aufgaben übernehmen können.

Zum Abschluß stellte der Redner fest, daß es auch der Wunsch seiner Fraktion^{gewesen} wäre, den Ruheständlern etwas mehr zu geben. Er sei sich aber bewußt, daß dies gegenwärtig nicht möglich sei. Der Redner gab im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu der Vorlage.

GR. Dr. Altmann (LBl.) bezeichnete die Pensionsautomatik

als den entscheidenden Punkt der Vorlage, die die Beseitigung eines schweren Unrechtes bedeutet. Der Redner gab ferner seinem Bedauern Ausdruck, daß die Pensionsbeiträge von den Gesamtbezügen geleistet werden müssen, weil dadurch die ohnehin geringen Gehälter eine weitere Schmälerung erfahren.

Als GR. Dr. Altmann im Verlauf seiner Rede die Fraktion der WdU als "Nationalsozialisten" bezeichnete, unterbrach ihn GR. Wicha mit den Worten: Das ist ein schlechter Witz, diese Walze wird sich ablaufen!

Im weiteren Verlauf seiner Rede verlangte GR. Dr. Altmann, daß alle, die Anspruch auf einen vollen Ruhegenuß haben, auch in Pension gehen und nur in ganz besonderen Ausnahmefällen eine Verschiebung möglich gemacht wird.

Der Redner bemängelt, daß die Vorlage über die Angleichung keinerlei Bestimmungen darüber enthält, bis zu welchem Zeitpunkt die hundertprozentige Angleichung erfolgen soll. Es müßten Möglichkeiten gefunden werden, um die gewiß nicht unbedeutende aber im Vergleich zu den Budgetsummen der Stadt Wien doch nicht übermäßig hohe Summe von 13,725.000 Schilling hereinzubringen, damit das volle Recht der Pensionisten, die volle Angleichung, hergestellt werden könnte. Er sei der Meinung, daß die Stadt Wien erst entsprechende Anteile aus der Abgabenteilung gewinnen und erkämpfen müßte, damit sie diese volle Angleichung leichter durchführen könnte. Dieser Kampf wurde aber von den beiden Koalitionsparteien aufgegeben. Der Redner stellt den nach seiner Meinung außerordentlich bescheidenen Antrag, einer neunzigprozentigen Angleichung zuzustimmen. Er hält es für selbstverständlich, daß die volle Angleichung im nächsten Jahr erfolgen muß und ersucht, im kommenden Budget diese 13,725.000 Schilling zu berücksichtigen. Der Referent stellt den Zusatzantrag, einer vollen Angleichung am 1.1.1951. Die übrigen Bestimmungen, die in der Vorlage enthalten sind, erscheinen GR. Dr. Altmann begrüßenswert, vor allem die Festsetzung, daß die ehemaligen Mitglieder und Pensionsparteien der aufgelösten Pensionskasse für Bedienstete und Arbeiter der Stadt Wien und ihrer Unternehmungen so geregelt wurden, als ob sie der Dienstordnung für die Beamten der Stadt Wien untersehen würden.

Der Redner kommt dann auf die Anrechnung der Vordienstzeiten

für Ruhegenußempfänger, die wieder in Verwendung genommen worden sind, zu sprechen. Im weiteren Verlauf der Rede kommt es zu erregten Zwischenrufen seitens der Unabhängigen, als GR. Dr. Altmann behauptet, daß auch GR. Doppler einer derjenigen gewesen wäre, der während der Nazizeit als Gemeindebeamter Leute "hinausgeschmissen" hätte. (GR. Doppler: "Er soll nicht solche Lügen sagen, ich habe niemanden hinausgeschmissen!")

GR. Pölzer (SPÖ) hob hervor, daß die Nazis das österreichische Dienstrecht völlig zerstört haben. Die behandelte Gesetzesvorlage bedeute einen ungeheuren Fortschritt und gehe weit über die Errungenschaften vor 1938 hinaus. Damals seien beispielsweise die Ruhegenüsse der E-Werk-, Gaswerk- und Straßenbahnbediensteten nur durch die Pensionskassen geregelt worden. Das vorliegende Gesetz ziehe auch diese 18.000 Bediensteten in die Pensionsautomatik hinein. Damit wurde das Arbeiterrecht weitgehend dem Beamtenrecht angeglichen. Die arbeitenden Menschen sind gleich! Daß dies gerade in Wien durchgeführt wird, darauf könne diese Stadt besonders stolz sein! (Beifall bei der SPÖ).

Die Durchführung des Gesetzes werde einen großen Arbeitsaufwand erfordern, denn es müsse allein mit 8.000 Gesuchen um Anrechnung der Vordienstzeiten gerechnet werden. Daß die Pensionsbeiträge von den gesamten Bezügen berechnet werden müssen, sei schwer und bitter, aber verständlich.

Die Gemeinderätliche Personalkommission, in der neben 12 Gemeindevertretern, 11 Personalvertreter jeden einzelnen Fall behandeln, sei ein Musterbeispiel ausgeprägten demokratischen Denkens.

Die Nazi hätten nicht nur das Dienstrecht weitgehend zerstört, sondern auch in keiner Weise für den nötigen Nachwuchs gesorgt. Trotzdem werde man darauf **achten**, daß die 65-Jahrgrenze bei Bediensteten nur in wirklich zwingenden Fällen überschritten wird. Die Pensionsautomatik bringe auch verwaltungstechnisch einen großen Vorteil, denn bei den Eisenbahnen hätte es beispielsweise früher 13 verschiedene Arten von Pensionisten gegeben. Die Koordination in diesen Fragen zwischen Bund und Gemeinde sei nötig und es bestehe keine Möglichkeit für die Gemeinde auf diesem Gebiete eigene Wege zu gehen.

Bei der Verschiedenheit der Anrechnungszeiten sei dafür Sorge getragen, daß die Bediensteten, die sich nach 1945 zur Verfügung gestellt oder im Amte geblieben sind, ihre Vordienstzeit voll angerechnet bekommen. Im übrigen entsprechen diese Bestimmungen zur Gänze dem Beamtenüberleitungsgesetz.

Der vorliegende Gesetzesentwurf bringe die Gemeindeverwaltung ein großes Stück vorwärts zur Konsolidierung der Dienstrechtsbegriffe. (Beifall bei der SPÖ.)

StR. Fritsch stellte in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß ein großer Teil der Diskussionsredner mit der Vorlage einverstanden sind. Zu GR. Doppler gewendet betonte er unter dem Beifall der SPÖ, daß, wenn nicht die Nazi gewesen wären, heute nicht über eine unzureichende Vorlage beraten werden müßte.

StR. Fritsch versicherte ferner, daß die Angestellten mit 65 Jahren in Pension gehen müssen. Es kann nur ganz wenige Ausnahmen geben und die nur in einem beschränkten Zeitraum. Abschließend betonte der Redner, er sei sich bewußt, daß leider noch viele Wünsche unerfüllt bleiben, doch seien die finanziellen Mittel der Stadt Wien nicht ausreichend.

Bei der Abstimmung wird die Vorlage einstimmig angenommen, die Anträge des WdU und des Linksblocks werden abgelehnt.

Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP) referierte über die Abänderung einiger Bestimmungen der Begräbnis- und Gräberordnung für die Friedhöfe der Stadt Wien. Er stellte fest, daß die alte Gräberordnung aus dem Jahre 1920 stammt und bei weitem überholt ist. Aus diesem Grund sollen die Abänderungen vorgenommen werden.

GR. Keller (WdU) wandte sich gegen eine neue Bestimmung die besagt, daß der Erwerber eines eigenen Grabes das Recht hat, in seiner Grabstelle nur verstorbene Familien-Angehörige beisetzen zu lassen. Dies bedeute eine unnötige Härte.

In seinem Schlußwort versicherte Vizebürgermeister Weinberger, daß in den Ausführungsbestimmungen für die Möglichkeit vorgesorgt ist, auch andere Verstorbene als nur Familienangehörige in dem eigenen Grab beisetzen zu lassen.

Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Nun wurde die Anfrage der GR. Dr. Stemmer, Pfoch, Alt und Genossen an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten, betreffend die Schule in der Grüngasse, verlesen. Die Anfrage beschäftigte sich mit der, in der Sitzung des Wiener Gemeinderates vom 20. Jänner vom GR. Doppler (WdU) aufgestellten Behauptung, daß die Schule 5., Grüngasse, zwar von der Besatzungsmacht freigegeben wurde, aber der Unterricht in den freigewordenen Schulräumen nicht eröffnet werden konnte, weil diese von der Gemeinde weder instandgesetzt noch eingerichtet wurden. Es wird gefragt, ob dies richtig ist und ob den Eltern der Schulkinder erklärt wurde, daß sie selbst die notwendigen Arbeiten durchführen müßten.

Zur Begründung der Anfrage sprach GR. Dr. Stemmer (SPÖ). unter wiederholten lebhaften Beifall seiner Fraktionskollegen. Er führte aus: "Wenn die sozialistische Fraktion hier eine Anfrage in Bezug auf die Debatterede des Herrn WdU-Gemeinderates Doppler vom 20. Jänner 1950 eingebracht hat, so nicht, weil die Bedeutung des Gegenstandes dies erforderte, sondern wegen des Prinzipes der Wahrheit, ohne das eine demokratische Körperschaft undenkbar ist. Ein Parlament und ein Gemeinderat sind nicht vergleichbar mit den Appellen mit Musik und Gesang, die sich Deutscher Reichstag nannten, wo die Propaganda bestimmte, was als wahr zu gelten hat. Daß es Herr Doppler mit der Wahrheit nicht sehr genau nimmt, hat er in seinen heutigen Auslassungen über die Arbeiter Zeitung vom 21. Jänner 1950 bewiesen, sowie er diese einer unrichtigen Berichterstattung zeiht!" An Hand des stenographischen Protokolls und der erwähnten Zeitung widerlegt Dr. Stemmer die Behauptung des GR. Doppler. Er stellte weiter fest, daß GR. Doppler auch für seine in der Gemeinderatssitzung vom 20. Jänner 1950 gebrachten Äußerungen den Beweis nicht erbringen könne. Er hätte es vorgezogen, auf eine diesbezügliche schriftliche Anfrage des Stadtschulratspräsidenten Dr. Zechner nicht zu antworten.

In der Beantwortung der Anfrage teilte StR. Dkfm. Nathschläger (ÖVP) mit, daß die genannte Schule aus zwei Trakten besteht. Der vordere Trakt werde auch jetzt noch zum Teil von Engländern benützt. Im ersten Stock dieses Traktes, und um diese Räumlichkeiten hat es sich gehandelt, war seinerzeit die Kartenstelle 39 untergebracht,

die schon vor längerer Zeit zwei Räume freigab. Diese wurden unmittelbar darauf von der Magistratsabteilung 26 instandgesetzt. Die Beistellung der Möbel erfolgte im September 1948 und im Jänner 1949. Ende 1949 räumte die Kartenstelle den ganzen ersten Stock. Die Instandsetzung auch dieser Räumlichkeiten ist im Gange.

Ferner stellte StR. Nathschläger fest, daß weder der Stadtschulrat noch die Magistratsabteilung 55 erklärt haben, daß für diese Arbeiten die Eltern aufkommen müssen. Tatsächlich seien auch die von GR. Doppler genannten Arbeiten nicht von den Eltern durchgeführt worden. Der Elternverein hat sich zwar am 18. Jänner aus eigenem bereit erklärt, einen Raum auf seine Kosten ausmalen zu lassen, doch werden auch diese Arbeiten von der Gemeinde durchgeführt. Es ist auch kein einziger Sessel und kein einziger Tisch von den Eltern der Schule zur Verfügung gestellt worden.

Zum Abschluß seiner Rede wies StR. Dkfm. Nathschläger die Anschuldigungen, die nicht den Tatsachen entsprechen, unter dem Beifall der ÖVP und SPÖ energisch zurück. Er betonte: "Die Stadt Wien trachtet, die Verhältnisse auf dem Gebiet des Schulwesens so rasch als möglich zu verbessern. Dafür müssen alle Kräfte eingesetzt werden, aber nicht um Politik zu machen, die zum Fenster hinausgeht!" (Beifall bei der ÖVP)

Die Anfrage der GR^e.Kammermayer, Ing. Rieger und Genossen (ÖVP), warum im heurigen Jahr die Schneereinigungsarbeiten versagt und keine privaten Fuhrwerksunternehmer zur Wegschaffung der Schneemassen herangezogen wurden, wurde nach einer kurzen Stellungnahme des Antragstellers GR. Kammermayer (ÖVP), der für die Zukunft die Heranziehung privater Fuhrwerksunternehmer bei den Schneeräumungsarbeiten forderte, dem amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe VII, Rohrhofer, zugewiesen.

Ein Antrag der GR^e.Maller und Genossen(LBl.) verlangte den entschiedenen Kampf der Gemeindevertretung gegen die Angriffe der ÖVP auf den Mieterschutz. GR. Maller wies darauf hin, daß die Mieterschaft durch den wahnsinnigen Plan der ÖVP, der in der Neuen Wiener Tageszeitung unter dem Titel "Schach der Wohnungsnot" erschienen ist, erschrockt wurde. Eine Zinserhöhung sei unmöglich und untragbar. Die WdU habe in ihrer Presse der ÖVP sekundiert.

17. Februar 1950

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 263

Anscheinend sei ihr neues Wappen der Zinsgeier. Die Berechnung des Zinses nach Quadratmetern des Wohnraumes sei ein Wahnsinn (Zwischenruf bei der ÖVP: Wie teuer käme dann eigentlich Ihre Villa?). Der Wiederaufbau dürfe nicht auf Kosten der Armen, sondern nur auf Kosten der Besitzenden erfolgen.

GR. Swoboda (SPÖ) bestätigte, daß sich in der Bevölkerung auf Grund der Zeitungsartikel in der ÖVP-Presse große Aufregung verbreitet habe, doch sei der Gemeinderat nicht das zuständige Forum, um die Mietzinsfrage zu bereinigen. Seine Fraktion fühle sich auch im Parlament stark genug, um dafür zu sorgen, daß dieser Vorschlag nur ein Fetzen Papier bleibt. (Beifall bei der SPÖ). Schließlich sei die Sozialistische Partei die Begründerin des Mieterschutzes. Im übrigen sei eine Stellungnahme seiner Fraktion bereits erfolgt. Diese lautet: Der Mieterschutz muß bleiben! Dem Antrag des Linksblocks wurde bei der Abstimmung die Dringlichkeit abgesprochen.

Alle anderen Anträge und Anfragen wurden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Die Sitzung schloß um 13.50 Uhr.

Ballkalender

=====

Die grösseren Ballveranstaltungen in der Woche vom 20. bis 26. Februar

=====

17. Februar (Rath.Korr.) Montag: Sophiensaal (Katholische Österreichische Studentenverbindung "Rudolfiner"), Münchnerhof (ÖVP.Neubau), Bayrischer Hof (Pfarre St.Leopold), Gschwandner (Egerländer Landsmannschaft).

Dienstag: Sophiensaal (Ravag), Konzerthaus (Wiener Konzerthausgesellschaft), Wimberger (Sicherheitswache, Abteilung Neubau).

Freitag: Sophiensäle (Hutmacher-Ball Bunzl und Biag), Messepalast (Installateur-Innung).

Samstag: Künstlerhaus (Künstlerhaus), Sophiensäle (Theater- und Gesangsverein "Erdberg"), Konzerthaus (Sportklub Semperit), Messepalast (SPÖ 20.), Münchnerhof (Innung der Gold- und Silberschmiede), Gschwandner (Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat, 2, Handelskai 134), Zögernitz (SPÖ 9.), Weigels Dreherpark (Sportklub Alfa-Separator), Wimberger (Verband der tschechischen Handwerker).

Sonntag: Sophiensäle (Männergesangsverein der Fleischer).

Aus dem Programm der Wiener Volkshochschulen
von Montag, den 20., bis Sonntag den 26. Februar

17. Februar (Rath.Korr.)

Montag, 20. Februar

Urania, 19.30 Uhr, Klubsaal. - Autorenabend Karl Ehrhardt - Sperl Anton. Es liest Annemarie Franchy.

Volksbildungshaus Alsergrund, 19 Uhr. - Dr. Fritz Bestenreiner: Magnetischer Strom? (Erklärung und Kritik der letzten Entdeckungen Prof. Ehrenhafts.) Mit Lichtbildern.

Volksheim Ottakring, 19. Uhr. - Dir. Heinrich Manlik: Wissenschaftliche Theorien über die Entstehung der Welt.

Volksbildungsverein Döbling, 19, Pyrker gasse 16, 19 Uhr. - Prof. Dr. Gustav Strohschneider: Besinnliche Wanderung durch Döbling.

Dienstag, 21. Februar

Volkshochschule Favoriten, 10, Herzgasse 27, - 19 Uhr. Prim. Dr. Josef Aiginger: Aus der Sprechstunde des Nervenarztes (Fehlerziehung des Kindes, Schuld der unwissenden Eltern.)

Volksheim Ottakring, 19 Uhr. - Univ. Prof. Dr. Leopold Schönbauer: Die Angst vor dem Tode - was sagt der Arzt dazu?

Volksbildungsverein Floridsdorf, 19, Uhr. - Adolf Busch: Das Tote Gebirge und Stodertal. Mit Farblichtbildern.

Mittwoch, 22. Februar

Urania, 19 Uhr, Kleiner Saal. - Priv. Doz. Dr. Karl Novotny: Verhütung von Ehekrise n.

Volksbildungshaus Margareten, 19 Uhr. - Priv. Doz. Dr. Franz Häusler spricht im Rahmen der Vortragsreihe "Mythos und Aberglaube im Licht der Wissenschaft" über "Die Psychologie der Mythenbildung."

Gesellschaft der Kunstfreunde, 7, Neudeggergasse 8, 19 Uhr. - Besuch bei einem Notenstecher unter Führung von Dr. Erwin Rieger im Rahmen der Vortragsreihe "Weg eines Musikstückes".

Volkshochschule Favoriten, 10, Herzgasse 27, 19 Uhr. - Amtsrat Ignaz Benda spricht im Rahmen der Reihe "Kennst Du Dein Wien?" über St. Stephan. Mit Farblichtbildern.

Donnerstag, 23. Februar

Urania, 19 Uhr, Mittl. Saal. - Prof. Dr. Hans Nüchtern: Radio-bühne und Regie.

Urania, 19 Uhr, Klubsaal. - Alois Jalkotzy: Die Quäker als Helfer.

Volksbildungshaus Margareten, 19 Uhr. - Franz Blaha spricht im Rahmen der Vortragsreihe "Hohe Schule der Lichtbildnerci" über "Die Aufgaben des Pressephotographen."

Volkshochschule Favoriten, 19 Uhr. - Univ. Prof. Dr. Robert Hofstätter: Sterilität und deren Bekämpfung, Nur für Frauen und Mädchen.

Volksbildungsverein Döbling, 19 Uhr. - Hofrat Dr. Edwin Rollett:
Byron.

Freitag, 24. Februar

Urania, 19.30 Uhr, Hörsaal V. - Diskussionsabend der Arbeitsgemeinschaft "Energie" des Österr. Erfinder- und Patentinhabervorbandes: "Gibt es ein Perpetuum mobile zweiter Art?"

Volkshochschule Hietzing, 13, Veitingergasse 9, 18 Uhr. - Med. Rat Dr. Franz Halla: Mann und Frau.

Volksbildungsverein Döbling, 19, Pyrkergrasse 16, 19 Uhr. - Nationalrat Karl Mark spricht im Rahmen der Vortragsreihe "Die Demokratie in Österreich" über "Wege der Gesetzgebung".

Samstag, 25. Februar

Volksbildungshaus Margareten, 16 Uhr. - Im Rahmen der Ausstellung "Städtebauliche Probleme Wiens in der Gegenwart" spricht Stadtbaurat Dipl. Ing. Rudolf Boeck über "Landesplanung und sozialer Städtebau." Lichtbilder und anschließende Führung durch die Ausstellung.

Sonntag, 26. Februar

Urania, 16 Uhr, Grosser Saal. - Wiener Volks-Symphonieorchester spielt Berlioz, Johann Strauss, Svendsen und Suppé. Dirigent: Etti Zimmer.

Volksbildungshaus Margareten, 10.30 Uhr. - Im Rahmen der Ausstellung "Städtebauliche Probleme Wiens in der Gegenwart" hält Dipl. Ing. Friedrich Pangratz einen Lichtbildervortrag "Grund und Boden - Landesplanung und Städtebau" mit anschließender Führung durch die Ausstellung.

Volksbildungshaus Margareten, 17. Uhr. - Friederika Hackel (Radio Wien) singt "Fröhliche Chansons" von Othmar Klose mit der Komponistin am Klavier